

Jahresbericht: Großer Beratungsbedarf bei Donum vitae



KREIS ROTTWEIL - Über ein sehr bewegtes und arbeitsreiches Jahr informiert der Jahresbericht der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle „Donum vitae“. Auch als Zeugnis ihres guten Rufes, wurde die Beratungsstelle immer mehr in Anspruch genommen, so dass teilweise trotz sehr hoher Beratungsleistungen Wartezeiten – dort wo möglich – nicht zu vermeiden waren.

Obwohl die Beratungsstelle von Januar bis April nur mit einer Beraterin zu 60 Prozent besetzt war, wurden 2020 die Beratungs- und Unterstützungsleistungen beachtlich erhöht, so dass die Beraterinnen sich oft bis an die Grenze der Belastbarkeit eingesetzt haben.

So wurde mit 660 (Vorjahr 552) geführten Gesprächen in der nun seit 20 Jahren bestehenden Stelle ein Rekord erreicht, der auch im Vergleich mit anderen ähnlichen Beratungsstellen eine beachtliche Spitzenleistung darstellt. Dabei mussten infolge der bekannten Covid-19-Pandemie Sondersituationen mit laufend neuen Verordnungen gemeistert werden.

Die Beratungsangebote wurden nie unterbrochen, doch war oft nur Telefon- oder Videoberatung möglich, was vor allem bei Sprachschwierigkeiten viele zusätzliche Zeit in Anspruch nahm. Um bei der Videoberatung die Datenschutzvorschriften und die notwendige Sicherheit entsprechend zu ermöglichen, musste die bisher sparsam gehaltene EDV Anlage erneuert werden.

Bei den Schwangerschaftskonfliktberatungen nach §§ 5,6 des SchKG waren es 118 (109) Fälle bei denen 157 (148) Gespräche erforderlich waren. 234 (192) Fälle gab es bei der allgemeinen Beratung nach §§ 2, 2a SchKG mit 503 (404) Gesprächen. Belastend kam bei diesen Beratungen hinzu, dass viele Institutionen und Hilfsstellen nur schwer oder teilweise gar nicht bzw. nur über Hotline erreichbar waren. Viele der betroffenen Familien standen in erheblichen Drucksituationen und massiven Existenzängsten und waren psychisch außerordentlich belastet, was oft zu prekären Beratungssituationen geführt hat.

Finanzielle Engpässe entstanden durch Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Wegfall von Minijobs. Spürbar waren bei den Klientinnen neben Wohnungsnot große Perspektivängste, Hoffnungslosigkeit und Überforderung in der meist beengten Betreuung der Versorgung der Kinder. Auch gab es mehr Fälle mit Gewalt in den Familien und während der Schwangerschaft. So wurden durch zusätzliche Themen die Gespräche häufig zeitintensiver und erforderten die steigenden Notsituationen mehr Unterstützung durch Anträge auf finanzielle Hilfen.

Mit insgesamt 78.158 Euro an vermittelten Hilfsleistungen wurde ein neuer Höchstwert erreicht, der etwa 50 Prozent höher als der Durchschnitt der letzten Jahre war. Dabei ist die vom damaligen Bundesfamilienminister Dr. Heiner Geißler gegründete Bundesstiftung „Mutter und Kind“ mit 52.637 Euro die größte Hilfe. Auch durch den Bischofsfond der katholischen Diözese Rottenburg-Stuttgart erfuhren Bedürftige unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit mit 21.081 Euro spürbare Unterstützungen. Die weiteren kleineren Beträge der Landesstiftung „Familie in Not“ mit 3500 Euro und dem Sonderfonds des Landkreises mit 940 Euro waren bei ganz speziellen Notsituationen sehr wichtige Hilfen.

Ab 1. Mai 2020 konnte zusätzlich zur Beraterin Irina Diner-Kischenko die sehr erfahrene Beraterin Heike Wöhr als neue Beratungskraft gewonnen werden, die dann auch die Leitung der Beratungsstelle übernahm. Präventionsarbeit in den Schulen war aus bekannten Gründen nur eingeschränkt möglich. So fanden 3 Veranstaltungen mit den Themen Pränataldiagnostik (PND) und Präimplantationsdiagnostik (PID) statt. In vier Unterrichtsklassen war es das Thema Pubertät und bei einer das Thema Sexualität und Verhütung.